

# MANAGEMENTVERTRAG

zwischen

Kliniken Ostallgäu-Kaufbeuren,  
Kommunalunternehmen des Landkreises Ostallgäu und der Stadt Kaufbeuren,  
Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

– im Folgenden „**Klinikunternehmen**“ genannt –

und

**Beratungsunternehmen**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

– im Folgenden „**Managementunternehmen**“ genannt –

## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Präambel.....	3
2.	Grundsätze der Zusammenarbeit .....	4
3.	Gegenstand des Vertrags.....	5
4.	Personaleinsatz.....	6
5.	Vertragslaufzeit, Kündigung .....	9
6.	Vergütung .....	10
7.	Leistungspflichten, Haftung .....	13
8.	Geheimhaltung .....	14
9.	Unterlagen / Herausgabepflichten .....	14
10.	Nutzungsrechte / Schutzrechte Dritter .....	15
11.	Datenschutz .....	16
12.	Nachunternehmer.....	17
13.	Sonstiges, Schlussbestimmungen.....	17

## 1. PRÄAMBEL

- 1.1. Das Klinikunternehmen betreibt das Klinikum Kaufbeuren, die Klinik Füssen und die Klinik St. Josef Buchloe (zusammen die „Kliniken“).
- 1.2. Das Klinikunternehmen ist als Anstalt des öffentlichen Rechts ein Kommunalunternehmen des Landkreises Ostallgäu und der Stadt Kaufbeuren. Die aktuelle Satzung des Kommunalunternehmens ist als Anlage 1 beigefügt.
- 1.3. Das Klinikunternehmen steht mit seinen Kliniken u.a. aufgrund der sich verschärfenden gesundheitsregulatorischen Rahmenbedingungen vor großen Herausforderungen in einem intensiven Wettbewerbsumfeld. Vor diesem Hintergrund und der aktuellen wirtschaftlichen Lage sowie auch der Ergebnisentwicklung der letzten Jahre haben sich der Vorstand und der Verwaltungsrat des Klinikunternehmens entschlossen, das Management des Klinikunternehmens an ein Managementunternehmen zu übertragen, das über profunde Erfahrung im Management von vergleichbaren Klinikunternehmen verfügt. Nach dem Ende der Laufzeit des ersten in diesem Zusammenhang geschlossenen Managementvertrages zum 28.02.2027, soll das Management der Kliniken erneut durch ein zu diesem Zweck gebundenes Managementunternehmen übernommen werden.
- 1.4. Zweck dieses Vertrages ist die Gewährung von Managementleistungen durch das Managementunternehmen zur Sicherstellung einer wirtschaftlichen Führung des Klinikunternehmens unter unveränderter Geltung und Beachtung der Festlegungen der gültigen Satzung und nach Maßgabe der jeweils geltenden Geschäftsordnung sowie der uneingeschränkt fortbestehenden Verantwortung und Befugnisse des Verwaltungsrats. Dabei ist der gegenwärtige Standard des Klinikunternehmens Grundlage dieses Vertrages, auf dessen Basis beiderseitig unter Beachtung des humanitären öffentlichen Auftrages eine weitere zukunftsorientierte Entwicklung angestrebt wird.
- 1.5. Im Rahmen eines vor der Auftragserteilung durchgeführten Vergabeverfahrens wurde das Managementunternehmen **XX** ausgewählt.
- 1.6. Der Verwaltungsrat hat dem Abschluss des vorliegenden Geschäftsbesorgungsvertrages durch Beschluss vom **XX.XX.2026** zugestimmt.
- 1.7. Für die Managementleistungen gelten folgende Vertragsbestandteile in der nachfolgend aufgeführten Reihenfolge:
  - Bestimmungen dieses Managementvertrages,
  - Leistungsbeschreibung (Anlage 3),
  - Vergabeunterlagen aus dem Vergabeverfahren, das dem Vertragsschluss vorausging, inkl. der im Laufe des Vergabeverfahrens erteilten Bieterinformationen,
  - Angebot des Managementunternehmens aus dem Vergabeverfahren.

## **2. GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT**

- 2.1. Die Vertragspartner verpflichten sich einander zu gegenseitigem Respekt, Wohlverhalten und Loyalität. Die Vertragspartner werden sich insbesondere nicht öffentlich negativ äußern über den jeweils anderen Vertragspartner, dessen Dienstleistungen eingeschlossen. Die Vertragspartner sind gehalten, auf schutzwürdige Interessen des jeweiligen anderen Vertragspartners Rücksicht zu nehmen. Diese Verpflichtungen gelten auch nach Vertragsbeendigung fort.
- 2.2. Jeder Vertragspartner wird den anderen Vertragspartner umgehend über alle Umstände, die für die Durchführung dieses Vertrages von Bedeutung sein könnten, unterrichten. Alle Veröffentlichungen über die von dem Managementunternehmen zu erbringenden Leistungen oder einzelne damit zusammenhängende Leistungen sind nur nach vorheriger Zustimmung des Managementunternehmens zulässig. Insbesondere die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ausschließlich Aufgabe des Klinikunternehmens. Das Klinikunternehmen wird das Managementunternehmen vor etwaigen Presseveröffentlichungen einbinden, soweit Einzelheiten in Bezug auf das Managementunternehmen verlautbart werden sollen.
- 2.3. Das Managementunternehmen versichert, dass es nicht aus Anlass der Vergabe nachweislich und schuldhaft eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen (§ 1 GWB) sind insbesondere Verabredungen mit anderen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, Bindungen oder sonstige Entgelte, Gewinnaufschläge und andere Preisbestandteile, Zahlungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach Maßgabe des GWB zulässig sind. Dem Managementunternehmen wird das Handeln von Vertretungsberechtigten in Ausübung ihrer Vertretungsmacht zugerechnet.
- 2.4. Die Vertragspartner versichern, weder im Hinblick auf die Vergabe noch auf die Durchführung dieses Vertrages sowie der mit diesem Vertrag in Zusammenhang stehenden Verträge, weder dem Vertragspartner noch Dritten Vorteile irgendwelcher Art direkt oder indirekt anzubieten oder zu gewähren noch für sich oder andere direkt oder indirekt anbieten zu lassen oder entgegenzunehmen, die als widerrechtliches Verhalten betrachtet werden oder betrachtet werden können.

### **3. GEGENSTAND DES VERTRAGS**

- 3.1 Das Managementunternehmen besorgt mit Wirkung ab Beginn des 01.03.2027 („Stichtag“) das Geschäft des Managements des Klinikunternehmens einschließlich der drei Kliniken nach Maßgabe des vorliegenden Vertrages.
- 3.2 Das Managementunternehmen berücksichtigt bei der Erbringung der Managementleistungen folgende Vertragsziele des Klinikunternehmens:
- Fortführung des Klinikunternehmens in der 3-Standorte-Struktur,
  - Beibehaltung der öffentlichen Trägerschaft,
  - Strategische Weiterentwicklung hinsichtlich des medizinischen Leistungsangebots und der medizinischen Qualität,
  - Abbau der Defizite und Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz im Hinblick auf die unterstützenden Leistungen (z.B. Küche, Reinigung, Wäscherei, Medizintechnik),
  - Optimierung der Abläufe, Prozesse und administrativen Strukturen,
  - Implementierung von Standards und Managementtools.
- 3.3 Dem Managementunternehmen obliegt es, das Klinikunternehmen mit den drei Klinikstandorten unter anderem durch die Gewährung umfangreicher Managementleistungen sowie die Bereitstellung von „Know-how“ einschließlich der Implementierung von Standards und Managementtools in der Leistungsfähigkeit zu fördern und einen wirtschaftlichen Betrieb des Klinikunternehmens zu unterstützen. Dabei sind die Kliniken des Klinikunternehmens unter Erhalt einer zeitgemäßen und bedarfsgerechten medizinisch-pflegerischen Versorgung im Rahmen des Sicherstellungsauftrages nach den gesetzlichen Bestimmungen zu wahren und weiter zu entwickeln.
- 3.4 Die im Einzelnen zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung. Darüber hinaus erbringt das Managementunternehmen dabei auch folgende Leistungen:
- Erarbeitung bzw. Fortentwicklung Medizinkonzept für die drei Standorte,
  - Etablierung bzw. Fortentwicklung eines systematischen Strategieentwicklungsprozesses unter Einbeziehung des Verwaltungsrates,
  - Implementierung bzw. Fortentwicklung eines strukturierten Projektmanagements,
  - Weiterentwicklung der Unternehmenskultur,
  - Weiterentwicklung des Controllings,
  - Analyse des Qualitätsmanagements und der Qualitätsmanagement-Programme.

- 3.5 Das Managementunternehmen wird innerhalb der ersten sechs Monate nach Wirksamwerden dieses Managementvertrages ein Strategiekonzept erstellen und den dem Verwaltungsrat des Klinikunternehmens zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Das Strategiekonzept hat eine Darstellung der leistungswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Maßnahmen zur branchenentsprechenden Beseitigung etwaig vorhandener existenzieller Risiken sowie zur Stabilisierung und Optimierung des Klinikunternehmens mit dem Ziel einer profitablen Zukunft zu enthalten.
- 3.6 Das Managementunternehmen verpflichtet sich, dem Verwaltungsrat, dem Landrat und dem Oberbürgermeister sämtliche Auskünfte zu erteilen sowie Stellungnahmen und Unterlagen zu übermitteln, welche die Träger zur Wahrnehmung ihrer Trägeraufgaben benötigen.
- 3.7 Für die zustimmungspflichtigen Geschäfte ist rechtzeitig die Beteiligung des zuständigen Organs zu veranlassen. Das Managementunternehmen trägt Sorge dafür, dass der Alleinvorstand die Vorgaben aus der jeweils aktuellen Unternehmenssatzung und Geschäftsordnung beachtet.
- 3.8 Das Managementunternehmen verfolgt ständig die aktuelle Entwicklung im Krankenhausbereich einschließlich der Krankenhausmedizin. Es bringt die durch diese Übersicht gewonnenen Erkenntnisse ebenso wie die Erfahrung, die das Unternehmen bei der Führung anderer Kliniken gewonnen hat, in das Management des Klinikunternehmens ein. Das Managementunternehmen gibt dem Verwaltungsrat und den Trägern zudem Anregungen zur Weiterentwicklung des Klinikunternehmens.
- 3.9 Das Klinikunternehmen ist verpflichtet, dem Managementunternehmen alle in seinem Verantwortungsbereich vorhandenen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Erbringung der vorstehend aufgeführten Leitungs- und Managementaufgaben notwendig sind.

#### **4. PERSONALEINSATZ**

- 4.1 Das Managementunternehmen setzt einen qualifizierten und erfahrenen Krankenhausmanager als alleinigen Vorstand („Alleinvorstand“) des Klinikunternehmens ein. Diesem obliegt die Wahrnehmung von operativen Leitungs- und Managementaufgaben sowie die Übernahme der alleinigen Verantwortung als Vorstand des Klinikunternehmens. Der Alleinvorstand muss mindestens dem (Anlage 2) niedergelegten Qualifikationsprofil entsprechen.
- 4.2 Das Managementunternehmen hat dem Klinikunternehmen spätestens einen Monat nach Zuschlagserteilung den vorgesehenen Alleinvorstand zu benennen und entsprechende prüffähige Nachweise über dessen besonderen Kenntnisse und Erfahrungen gemäß Anlage 2 vorzulegen. Im Falle der sachlich gerechtfertigten Ablehnung des vorgesehenen Alleinvorstands durch das Klinikunternehmen, ist das Managementunternehmen verpflichtet, einen neuen, qualifizierten Alleinvorstand zu benennen.

- 4.3 Der Verwaltungsrat des Klinikunternehmens wird den vom Managementunternehmen zur Verfügung gestellten und dem vorgegebenen Qualifikationsprofil entsprechenden Alleinvorstand bestellen. Der bestellte Alleinvorstand vertritt das Klinikunternehmen gemäß den Vertretungsregelungen der Unternehmenssatzung in der jeweils gültigen Fassung. Die Bestellung kann durch Beschluss des Verwaltungsrats nach Maßgabe der Unternehmenssatzung widerrufen werden (Abberufung). In einem solchen Fall bietet das Managementunternehmen dem Klinikunternehmen unverzüglich die Dienste eines neuen Alleinvorstands an, der den Anforderungen des Qualifikationsprofils (Anlage 2) genügt.
- 4.4 Der Alleinvorstand übernimmt ab seiner Bestellung durch den Verwaltungsrat im gesetzlich zulässigen Umfang alle Rechte und Pflichten, die dem Vorstand nach Gesetz, Unternehmenssatzung und Geschäftsordnungen zustehen. Die Stellung des Trägers und des Verwaltungsrats einschließlich der satzungsmäßigen oder sonstigen Zustimmungsvorbehalte bleiben vom Abschluss des vorliegenden Vertrags unberührt und gelten uneingeschränkt.
- 4.5 Der Vorstand nimmt insbesondere nachfolgende sowie sämtliche im Zusammenhang mit der Vorstandsfunktion stehende Leitungs- und Managementaufgaben wahr:
- Eigenverantwortliche Leitung des Klinikunternehmens nach Maßgabe der Gesetze, der Unternehmenssatzung und einer etwaigen Geschäftsordnung für den Vorstand in ihrer jeweils gültigen Fassung;
  - Vorbereitung der in § 8 Abs. 2 der Unternehmenssatzung bezeichneten Gegenstände und Umsetzung entsprechend der Beschlussfassung des Verwaltungsrats;
  - Regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem Verwaltungsrat, insbesondere über den Gang der Geschäfte, die Lage des Klinikunternehmens und künftige Erwartungen. Einzelheiten regelt § 10 Abs. 4 der Unternehmenssatzung;
  - Aufstellung, Vorlage und Zuleitung des Wirtschaftsplans nach Maßgabe von § 10 Abs. 5 der Unternehmenssatzung;
  - Aufstellung, Vorlage und Zuleitung des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe von § 12 Abs. 2 der Unternehmenssatzung.
- 4.6 Der Alleinvorstand ist Vorgesetzter aller Mitarbeiter des Klinikunternehmens und diesen gegenüber weisungsberechtigt. Dies gilt auch gegenüber der ärztlichen und einer etwaigen kaufmännischen Leitung. Die fachlichen Befugnisse der ärztlichen Leitung und der Pflegedienstleitung bleiben hiervon unberührt. Der vom Managementunternehmen benannte und gestellte Alleinvorstand nimmt die Hausherrenfunktion wahr. Im Übrigen übt der Alleinvorstand die Rechte und Pflichten nach den Gesetzen sowie der geltenden Unternehmenssatzung und Geschäftsordnungen des Klinikunternehmens aus.

- 4.7 Alle vom Managementunternehmen eingesetzten Mitarbeiter, einschließlich des Alleinvorstands, bleiben Angestellte des Managementunternehmens oder eines mit dem Managementunternehmen verbundenen Unternehmens i. S. v. §§ 15 ff. AktG und erfüllen, wenn sie in dem oder für das Klinikunternehmen eingesetzt werden, stets ausschließlich die vertraglichen Verpflichtungen des Managementunternehmens.
- 4.8 Der Alleinvorstand hat seine Leistung am Sitz des Klinikunternehmens zu erbringen. Ihm wird jedoch kein Wohnraum seitens des Klinikunternehmens zur Verfügung gestellt. Dem Alleinvorstand und den weiteren eingesetzten Mitarbeitern steht ein Jahresurlaub von 30 Tagen zu. Darüber hinaus sind Abwesenheiten für auswärtige Termine, Tagungsteilnahmen und interne Termine des Managementunternehmens im üblichen Maße zulässig. An eine bestimmte Arbeitszeit ist der Alleinvorstand nicht gebunden.
- 4.9 Der Alleinvorstand ist berechtigt, die vorhandene räumliche und personelle Infrastruktur des Klinikunternehmens zur Erfüllung seiner Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Vertrages unentgeltlich zu nutzen, insbesondere im Verwaltungsbereich geeignete Räume (Büro, Besprechungsraum) und Sekretariate. Der Alleinvorstand ist darüber hinaus berechtigt, Kraftfahrzeuge des Klinikunternehmens für dienstliche Zwecke zu nutzen.
- 4.10 Das Managementunternehmen setzt zur Erbringung von Managementleistungen im Rahmen der Vertragserfüllung neben dem Alleinvorstand weitere qualifizierte, bei dem Managementunternehmen oder mit diesem verbundenen Unternehmen i. S. v. §§ 15 ff. AktG angestellte Personen im rechnerischen Umfang von insgesamt durchschnittlich bis zu 1,5 Vollzeitäquivalente p. a., insbesondere zur Unterstützung des Alleinvorstands, als qualifizierte Managementressource ein.
- 4.11 Das Managementunternehmen setzt darüber hinaus zur Erbringung der Managementleistungen im Rahmen der Vertragserfüllung den Projektkoordinator sowie die weiteren Personen ein, die in dem im Vergabeverfahren mit dem Angebot eingereichten Personalkonzept benannt wurden. Der Projektkoordinator ist erster Ansprechpartner für das Klinikunternehmen, insbesondere in der initialen Beratungsphase nach der Zuschlagserteilung. Die vom Managementunternehmen eingesetzten Personen unterliegen keinen Weisungen des Klinikunternehmens und dessen Erfüllungsgehilfen. Einsatzort, Leistungszeit und Tätigkeit können selbst bestimmt werden, es besteht keine Bindung an Dienstpläne. Die Parteien sichern sich insofern jedoch eine gegenseitige Abstimmung über den Projektkoordinator zu. Auch die Erfüllungsgehilfen des Klinikunternehmens unterliegen keinen Weisungen des Managementunternehmens und der von diesem eingesetzten Personen. Eine gemeinsame Leitung/Aufsicht bzw. ein gemeinsamer oder wechselseitiger Einsatz von Arbeitnehmern des Management- und des Klinikunternehmens finden nicht statt.
- 4.12 Das Managementunternehmen verpflichtet sich, den Projektkoordinator, den Alleinvorstand sowie die im Personalkonzept benannten weiteren Personen während der gesamten Laufzeit dieses Vertrages nach Maßgabe des Personalkonzepts zur Verfügung



zu stellen, soweit nicht unabwendbare Ereignisse die Zurverfügungstellung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ausschließen (z.B. Tod, Ausscheiden aus dem Managementunternehmen). Ein solcher Fall ist dem Klinikunternehmen anzuzeigen. Mit der Anzeige sind die entsprechenden Qualifikationsnachweise für den betreffenden neu eingesetzten Projektkoordinator vorzulegen. Der Projektkoordinator, der Alleinvorstand und die weiteren Personen dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung des Klinikunternehmens ausgewechselt werden. Das Klinikunternehmen kann die Zustimmung aus sachlichem Grund verweigern. Dieser liegt z.B. dann vor, wenn der vorgeschlagene neue Projektkoordinator bzw. Alleinvorstand bzw. weitere Person nicht über die gleiche oder höhere Qualifikation/Kompetenz verfügt wie der ursprüngliche Projektkoordinator bzw. Alleinvorstand bzw. die weitere Person. Im Falle der sachlich gerechtfertigten Verweigerung der Zustimmung durch das Klinikunternehmen, ist das Managementunternehmen verpflichtet, ausreichend qualifizierten Ersatz zu benennen.

## **5. VERTRAGSLAUFZEIT, KÜNDIGUNG**

- 5.1 Dieser Vertrag tritt am Stichtag in Kraft und hat eine feste Laufzeit bis zum Ablauf des 28.02.2032 („Grundlaufzeit“). Das Klinikunternehmen kann bis zum Ablauf des 31.08.2031 durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Managementunternehmen die Verlängerung des Vertrages um weitere fünf Jahre zu im Übrigen unveränderten Konditionen verlangen („Verlängerungszeit“), mithin bis zum Ablauf des 28.02.2037.
- 5.2 Während der Grund- und Verlängerungszeit ist dieser Vertrag für beide Vertragspartner nur aus wichtigem Grund kündbar.
- 5.3 Das Klinikunternehmen ist zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund insbesondere berechtigt, wenn
- das Managementunternehmen eine gegenüber dem Klinikunternehmen bestehende wesentliche Pflicht verletzt und, nur im Falle der Heilbarkeit der Pflichtverletzung, diese nicht innerhalb einer angemessenen, von dem Klinikunternehmen gesetzten Frist von maximal 30 Tagen heilt; sofern dies angezeigt ist, kann das Klinikunternehmen im Einzelfall eine längere Frist festlegen,
  - das Managementunternehmen wiederholt vertragliche Pflichten verletzt,
  - eine vertraglich vereinbarte Frist aufgrund eines Verschuldens des Managementunternehmens um 30 oder mehr Tage überfällig ist,
  - eine wesentliche Vermögensgefährdung oder Vermögensverschlechterung auf Seiten des Managementunternehmens eintritt und deshalb zu erwarten ist, dass das Managementunternehmen seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht mehr oder nur noch unzureichend erfüllen kann,
  - über das Vermögen des Managementunternehmens das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse

abgelehnt wurde, wenn ein Insolvenzantrag über das Vermögen des Managementunternehmens gestellt und nicht innerhalb von zwei Wochen nach Antragstellung zurückgenommen worden ist (Vorlage der Bekanntmachung des Insolvenzgerichts), ein vorläufiger Sachwalter oder ein Sachwalter über das Vermögen des Managementunternehmens bestellt wird, das Managementunternehmen seinen Geschäftsbetrieb eingestellt hat, die Firma des Managementunternehmens wegen Vermögenslosigkeit gelöscht oder ein Liquidationsbeschluss im Handelsregister eingetragen ist (Vorlage eines beglaubigten Handelsregisterauszuges),

- sich das Managementunternehmen in Bezug auf die Vergabe dieses Vertrages an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung im Sinne des GWB beteiligt hat,
- das Managementunternehmen eine schwere Verfehlung im Bereich der Korruption (wie z.B. versuchte und vollendete Bestechung) begangen hat oder
- das Managementunternehmen Personen, die auf Seiten des Klinikunternehmens mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des Managementunternehmens selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

5.4 Die Abwicklung der gegenseitigen vertraglichen Ansprüche erfolgt zum Ende des letzten Geschäftsjahres der Laufzeit dieses Vertrags. Die Einsichtsrechte in geprüfte Jahresabschlüsse zur Erbringung der Leistungen bleiben auch betreffend das letzte Geschäftsjahr der Laufzeit dieses Vertrags erhalten. Erfolgt eine außerordentliche Kündigung innerhalb eines laufenden Geschäftsjahres ist die Grundvergütung nach Ziff. 6.2 zeitanteilig bis zum Wirksamwerden der außerordentlichen Kündigung zu begleichen.

5.5 Jede Kündigung bedarf zur ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

## **6. VERGÜTUNG**

6.1 Für die Leistungen nach diesem Vertrag erhält das Managementunternehmen ein Honorar bestehend aus einem festen jährlichen Grundhonorar und einem erfolgsabhängigen variablen Vergütungsanteil.

6.2 Das jährliche Grundhonorar beträgt **XX,XX EUR**. Aufgrund des unterjährigen Vertragsbeginns erfolgt die Grundvergütung im ersten Jahr zeitanteilig.

- 6.3 Das jährliche Grundhonorar unterliegt erstmals mit Wirkung zum 1. Januar 2028 einer jährlichen Anpassung. Maßgeblich für die Anpassung ist jeweils die vom Bundesministerium für Gesundheit nach § 71 Abs. 3 SGB V festgestellte und im Bundesanzeiger bekannt gemachte durchschnittliche Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen aller Mitglieder der Krankenkassen je Mitglied für das jeweilige Folgejahr. Für die Anpassung zum 1. Januar 2028 ist somit die im Jahr 2027 festgestellte Veränderungsrate maßgeblich. In den Folgejahren erfolgt die Anpassung jeweils zum 01.01. eines Kalenderjahres auf Grundlage der für das unmittelbar vorangegangene Kalenderjahr festgestellten prozentualen Veränderung.

Die jährliche Anpassung des Grundhonorars ist nach oben auf maximal 5 % pro Jahr und auf 30% über die gesamte Vertragslaufzeit (inkl. Verlängerung) begrenzt. Führt die maßgebliche Veränderung nach § 71 Abs. 3 SGB V zu einer höheren prozentualen Steigerung, so wird für das jeweilige Jahr lediglich eine Erhöhung des Grundhonorars um 5 % vorgenommen. Führt die maßgebliche Veränderung nach § 71 Abs. 3 SGB V zu einer negativen Veränderung (Absenkung), bleibt das Grundhonorar unverändert; eine Absenkung des Grundhonorars findet nicht statt.

Ausgangsbasis für die Berechnung der jährlichen Anpassung ist jeweils das im Vorjahr gültige angepasste Grundhonorar.

- 6.4 Das Grundhonorar ist in 12 (im ersten Jahr 10) gleichen Monatsraten, jeweils am zweiten Bankarbeitstag eines Monats vorschüssig fällig und zahlbar.

- 6.5 Das Managementunternehmen erhält neben dem Grundhonorar nach Ziff. 6.2 eine jährliche variable, erfolgsabhängige Vergütung („Bonus“) für die Erbringung der Managementleistungen für das Klinikunternehmen.

- (1) Der Verwaltungsrat des Klinikunternehmens beschließt für jedes Geschäftsjahr vor dessen Beginn einen Businessplan, der insbesondere ein geplantes Jahresergebnis des Klinikunternehmens (nach HGB/KHBV) enthält. Das im Businessplan festgelegte geplante Jahresergebnis des jeweiligen Geschäftsjahres wird nachfolgend als „Planwert“ bezeichnet.

Für das Geschäftsjahr 2028 ist der im Geschäftsjahr 2027 beschlossene Businessplan maßgeblich. Für jedes weitere Geschäftsjahr gilt entsprechend der jeweils vor Beginn dieses Geschäftsjahres beschlossene Businessplan.

- (2) Für die Ermittlung der variablen Vergütung wird zunächst das tatsächliche Jahresergebnis des Klinikunternehmens auf der Grundlage des testierten Jahresabschlusses nach HGB/KHBV für das betreffende Geschäftsjahr ermittelt („tatsächliches Jahresergebnis“).

Zur Bestimmung der operativen Leistung des Managementunternehmens wird das tatsächliche Jahresergebnis nach Maßgabe der folgenden Regelungen angepasst („angepasstes Jahresergebnis“):

a) Grundsatz: Es bleiben alle Sachverhalte und Geschäftsvorfälle unberücksichtigt, die nicht Ausfluss der laufenden operativen Managementtätigkeit des Managementunternehmens sind.

b) Insbesondere bleiben unberücksichtigt:

- Bilanzierungs- und Bewertungsänderungen im Bereich der Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen;
- Änderungen der Nutzungsdauern für Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen;
- Außerordentliche erhaltene staatliche Unterstützungsleistungen;
- Zuschüsse, Zuwendungen und Darlehensverzichte der Träger des Kommunalunternehmens sowie Großspenden und Erbschaften;
- ertragswirksame Auflösung von Bestandsrückstellungen;
- außerordentliche, nicht dem laufenden operativen Geschäft zuzurechnende Schadensereignisse (z.B. Brandschäden) einschließlich deren Abwicklung.

(3) Soweit im Einzelfall weitere Sachverhalte auftreten, die ihrer Art nach den in Ziff. 2 lit. b) genannten Fällen vergleichbar sind und die operative Leistung des Managementunternehmens nicht angemessen abbilden würden, werden diese unter Beachtung des Grundsatzes gemäß Ziff. 2 lit. a) ebenfalls außer Ansatz gelassen. Maßstab ist eine sachgerechte und konsistente Abbildung der operativen wirtschaftlichen Entwicklung des Klinikunternehmens. Eine grundsätzlich vorsichtige Bilanzierung und Bewertung im Jahresabschluss bleiben hiervon unberührt.

(4) Der für die Bonusberechnung maßgebliche „Zielübererfüllungsbetrag“ eines Geschäftsjahres ist die positive Differenz zwischen dem angepassten Jahresergebnis und dem Planwert des entsprechenden Geschäftsjahres.

Der Zielübererfüllungsbetrag wird wie folgt definiert:

$$\text{Zielübererfüllungsbetrag} = \text{Angepasstes Jahresergebnis} - \text{Planwert}$$

Wird der Planwert nicht erreicht (angepasstes Jahresergebnis  $\leq$  Planwert), beträgt der Zielübererfüllungsbetrag 0 EUR; in diesem Fall entsteht kein Bonusanspruch für das betreffende Geschäftsjahr.

Die variable Vergütung (Bonus) eines Geschäftsjahres entspricht einem Prozentsatz des Zielübererfüllungsbetrags (nachfolgend „Bonus-Prozentsatz“).

(5) Der Bonus-Prozentsatz entspricht dem vom Managementunternehmen im Rahmen des vorangegangenen Vergabeverfahrens im Angebotsformblatt angebotenen Prozentsatz (in ganzen Prozentpunkten). Dieser Prozentsatz ist Bestandteil des Angebots des Managementunternehmens und wird mit Zuschlagserteilung verbindlicher Vertragsinhalt.

Der Bonus eines Geschäftsjahres berechnet sich nach folgender Formel:

$\text{Bonus} = \text{Bonus-Prozentsatz} \times \text{Zielübererfüllungsbetrag} / 100.$

Ein Bonusanspruch entsteht nur, wenn der Zielübererfüllungsbetrag positiv ist. Ist der Zielübererfüllungsbetrag 0 EUR, entfällt der Bonusanspruch.

- (6) Die nach dieser Maßgabe ermittelte variable Vergütung ist je Geschäftsjahr auf einen Höchstbetrag von EUR 450.000,00 (in Worten: Euro vierhundertfünzigtausend) begrenzt („Deckelung“). Ein darüber hinaus nach der Bonusformel ermittelter Betrag wird nicht geschuldet.
- 6.6 Auf Basis der betriebswirtschaftlichen Monatsergebnisse per November jeden Jahres erfolgt eine Abschätzung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung durch den Allein- vorstand. Diese Prognose ist dem Klinikunternehmen unverzüglich schriftlich mitzutei- len. Diese ist Grundlage für eine Abschlagszahlung i.H.v. 50 % des erwarteten Hono- raranspruches, die zum 20.12. jeden Geschäftsjahres fällig ist. Die Abschlagszahlung wird auf die im Folgejahr zu leistende erfolgsabhängige Vergütung angerechnet. Die erfolgsabhängige Vergütung ist einen Monat nach Vorliegen des testierten Jahresab- schlusses fällig. Bei unterjähriger Beendigung dieses Vertrages wird die erfolgsabhän- gige Vergütung einen Monat nach Vorlage des testierten Jahresabschlusses fällig.
- 6.7 Im Fall von Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten zwischen dem Klinikunter- nehmen und dem Managementunternehmen über die Höhe der variablen Vergütung oder deren Ermittlung werden die Vertragspartner zunächst versuchen, eine einver- nehmliche Lösung herbeizuführen. Vor Klageerhebung werden die Vertragspartner eine Schlichtung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer, der von der bayerischen Landesgeschäftsstelle der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) gewählt wird, nach der Verfahrensordnung der WPO durchführen. Kommt es in dem Schlichtungsverfahren nicht zu einer tragfähigen Lösung, kann der ordentliche Rechtsweg beschritten werden. Die Möglichkeit Eilrechtsschutz zu erlangen, wird durch die vorstehenden Regelungen nicht ausgeschlossen
- 6.8 Sämtliche in diesem Vertrag geregelten Preise sind Nettopreise und verstehen sich zzgl. der jeweiligen gesetzlichen Umsatzsteuer.

## **7. LEISTUNGSPFLICHTEN, HAFTUNG**

- 7.1 Das Managementunternehmen schuldet die in diesem Vertrag geregelten Leistungen unter Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt sowie Einbringung des um- fangreichen Branchen-Knowhows des Managementunternehmens. Ein bestimmter werkvertraglicher Erfolg wird vom Managementunternehmen nicht geschuldet.
- 7.2 Das Managementunternehmen haftet unbeschränkt (a) bei Vorsatz oder grober Fahr- lässigkeit sowie (b) für die Verletzung von Leben, Leib oder Gesundheit. Bei leicht fahr- lässiger Verletzung einer Pflicht, ist die Haftung des Managementunternehmens auf einen Betrag in Höhe von EUR 10.000.000,- (in Worten: Euro zehn Millionen) begrenzt.

Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt auch für die persönliche Haftung der Mitarbeiter, Vertreter und Organe des Managementunternehmens.

- 7.3 Für bereits vor Antritt des Managementvertrags bestehende und fortgeltende Betriebsrisiken wird das Managementunternehmen von jeglicher Haftung freigestellt.
- 7.4 Das Klinikunternehmen weist eine angemessene D&O-Versicherung mit einer Mindestschadensumme im Einzelfall von bis zu EUR 10.000.000,- (in Worten: Euro zehn Millionen) nach, die die Organe sowie leitende Mitarbeiter des Klinikunternehmens absichert.

## **8. GEHEIMHALTUNG**

- 8.1 Das Managementunternehmen ist verpflichtet, alle ihm anvertrauten oder sonst bekannt gewordenen geschäftlichen, betrieblichen oder technischen Angelegenheiten, Vorgänge und Informationen, die sich auf das Klinikunternehmen beziehen und die nur einem beschränkten Personenkreis zugänglich sind und nach dem Willen des Klinikunternehmens nicht der Allgemeinheit bekannt werden sollen, Dritten nicht zu offenbaren und nicht für seine eigenen Zwecke zu verwenden. Dies gilt insbesondere für die strategischen Pläne des Klinikunternehmens, Kunden- und sonstige Vertragsbeziehungen, Abschlüsse, Marketingstrategien, Pläne oder Analysen über Marktpotentiale und Investitionsmöglichkeiten, Informationen über Umsatz, Gewinn, Leistungsfähigkeit, Finanzierung, Personal- und Personalplanung des Klinikunternehmens. Diese Verpflichtung gilt sowohl während der Dauer dieses Vertrages als auch nach seiner Beendigung.
- 8.2 Von der Verpflichtung sind auch betriebsinterne Angelegenheiten und/oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von verbundenen Unternehmen des Klinikunternehmens, von Kunden/Patienten und Vertragspartnern des Klinikunternehmens sowie von Kunden/Patienten und Vertragspartnern von verbundenen Unternehmen des Klinikunternehmens umfasst.
- 8.3 Eine Offenbarung ist nur zulässig, soweit eine gesetzliche oder behördliche Verpflichtung zur Offenlegung besteht oder das Klinikunternehmen der Offenlegung vorab in Textform zugestimmt hat.
- 8.4 Das Managementunternehmen ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die vorstehenden Geheimhaltungsverpflichtungen auch durch den Vorstand eingehalten werden.

## **9. UNTERLAGEN / HERAUSGABEPFLICHTEN**

- 9.1 Geschäftsbezogene und sonstige Unterlagen aller Art sowie Datenträger, die die Vertragspartner erstellt oder im Zuge der Durchführung dieses Vertrages ausgetauscht haben, dürfen ausschließlich für Zwecke der Durchführung und Erfüllung dieses Vertrages verwendet werden. Wenn und soweit datenschutzrechtliche Bestimmungen dies verlangen, müssen diese jederzeit verschlossen aufbewahrt werden.

- 9.2 Unterlagen und Datenträger, die der anderen Partei unter diesem Vertrag zur Verfügung gestellt werden, sowie etwaige Kopien hiervon müssen auf Verlangen vollständig, unaufgefordert spätestens bei Beendigung dieses Vertrages zurückgegeben werden. Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen.

## **10. NUTZUNGSRECHTE / SCHUTZRECHTE DRITTER**

- 10.1 Das Managementunternehmen überträgt dem Klinikunternehmen das uneingeschränkte und unwiderrufliche, übertragbare und unbefristete Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrecht in Bezug auf alle bei seinen Leistungen gemäß Vertrag entstehenden und zur Anwendung gelangenden Urheberrechte auch für den Fall einer vorzeitigen Kündigung des Vertragsverhältnisses.
- 10.2 Das Managementunternehmen garantiert, dass die Nutzung der vertragsgegenständlichen Leistungen nicht durch Rechte Dritter beeinträchtigt wird und insbesondere die von ihm erbrachten Leistungen frei von Schutzrechten Dritter sind, die die vertragsgemäße Nutzung der Leistungen ausschließen oder einschränken könnten. Sollten Dritte in Bezug auf die vertragsgegenständlichen Leistungen Rechte geltend machen, hat das Managementunternehmen das Klinikunternehmen hiervon unverzüglich schriftlich zu unterrichten.
- 10.3 Wird die vertragsgemäße Nutzung durch geltend gemachte Schutzrechtsverletzungen beeinträchtigt oder untersagt oder besteht der begründete Verdacht dafür, dass dies geschehen wird, so ist das Managementunternehmen verpflichtet, nach seiner Wahl
- auf eigene Kosten die betroffene vertragsgegenständliche Leistung in einer Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass ihre vertragsgemäße Nutzung keine Schutzrechte Dritter verletzt, die Leistung aber gleichwohl den Anforderungen dieses Vertrags entspricht, oder
  - für das Klinikunternehmen auf eigene Kosten das Recht zu erwerben, die vertragsgegenständlichen Leistungen uneingeschränkt vertragsgemäß zu nutzen.
- Ist das Managementunternehmen hierzu nicht in der Lage, ist das Klinikunternehmen zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Weitergehende Rechte des Klinikunternehmens, insbesondere Rechte auf Schadensersatz bleiben hiervon unberührt.
- 10.4 Das Managementunternehmen stellt das Klinikunternehmen auf erstes Anfordern von sämtlichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Rechten, insbesondere gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten, bei vertragsgemäßer Nutzung der vertragsgegenständlichen Leistungen frei. Dies umfasst insbesondere
- sämtliche Kosten eines Rechtsstreits und der Rechtsverteidigung,
  - alle Auslagen, Kosten und Entschädigungen, die Dritten aufgrund eines Gerichtsbeschlusses, eines Schiedsspruchs oder eines ausgehandelten Vergleichs zu zahlen sind,

- alle sonstigen Kosten und Aufwendungen, die insbesondere im Zusammenhang mit gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleichen oder gerichtlichen Verurteilungen entstehen, sowie
- alle Schäden oder Verluste des Klinikunternehmens, die aufgrund von Forderungen eines Dritten im Zusammenhang mit der angeblichen Verletzung seiner Rechte entstehen.

## **11. DATENSCHUTZ**

- 11.1 Das Managementunternehmen verpflichtet sich, bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten sowie bei einer Weitergabe dieser Daten die datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten und diese Einhaltung dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Soweit das Klinikunternehmen wegen der Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Rahmen des Vertragsverhältnisses zum Schadensersatz gegenüber Betroffenen verpflichtet ist, bleibt ihm der Rückgriff beim Managementunternehmen vorbehalten.
- 11.2 Das Managementunternehmen stellt sicher, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen.
- 11.3 Die im Angebot enthaltenen personenbezogenen Daten und sonstigen Angaben werden vom Klinikunternehmen und seinen Beauftragten im Rahmen ihrer Zuständigkeit erhoben, verarbeitet und genutzt (§§ 13 und 14 BDSG). Eine Weitergabe dieser Daten an andere Stellen richtet sich nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§§ 15 und 16 BDSG).
- 11.4 Das Managementunternehmen wird die am Projekt beteiligten Mitarbeiter/innen auf die Erfassung und Speicherung ihrer Daten (Name, dienstliche Erreichbarkeit) hinweisen und deren Einwilligung einholen.
- 11.5 Das Managementunternehmen erklärt sich damit einverstanden, dass das Klinikunternehmen sowie der Datenschutzbeauftragte des Klinikunternehmens jederzeit berechtigt sind, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und der vertraglichen Vereinbarung im erforderlichen Umfang zu kontrollieren, insbesondere durch die Einholung von Auskünften und die Einsichtnahme in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme.
- 11.6 Da bei Erbringung der Leistungen nach diesem Vertrag nicht ausgeschlossen werden kann, dass das Managementunternehmen in diesem Rahmen Zugriff auf personenbezogene Daten hat, für die der Klinikunternehmen verantwortliche Stelle im Sinne des



Bundesdatenschutzgesetzes ist, werden die Vertragspartner rechtzeitig nach Vertragsschluss eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abschließen.

## **12. NACHUNTERNEHMER**

- 12.1 Das Managementunternehmen wird ausschließlich geeignete, d. h. fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Nachunternehmer beauftragen. Die Auswahl von Nachunternehmern - mit Ausnahme der im Nachunternehmerverzeichnis benannten - bedarf, auch soweit Nachunternehmer ihrerseits Leistungsbestandteile weiter vergeben wollen, der schriftlichen Zustimmung des Klinikunternehmens. Das Klinikunternehmen wird die Zustimmung nur aus berechtigten Gründen verweigern. Ein berechtigter Grund liegt etwa vor, wenn das Klinikunternehmen Anhaltspunkte dafür erkennt, dass die uneingeschränkt vertrags- und rechtskonforme Erbringung der gegenständlichen Leistungen im Falle der Einbindung des betreffenden Nachunternehmers nicht mehr gewährleistet ist. Ein berechtigter Grund liegt auch dann vor, wenn der Nachunternehmereinsatz mit einem Wechsel des eingesetzten Personals wie insbesondere des Alleinvorstands, des Projektkoordinators oder der im Personalkonzept benannten weiteren Personen einherginge. Das Klinikunternehmen wird sich bemühen, dem Managementunternehmen innerhalb von 6 Werktagen seine Entscheidung über ein entsprechendes Ersuchen des Managementunternehmens mitzuteilen.
- 12.2 Für geeignete, d. h. fachkundige und leistungsfähige und zuverlässige Nachunternehmer, die das Managementunternehmen bereits im Rahmen des vor dem Vertragsschluss durchgeführten Vergabeverfahrens im Angebot benannt hat und die vom Klinikunternehmen nicht abgelehnt wurden, gilt die Zustimmung nach Ziff. 12.1 als erteilt.
- 12.3 Der Managementunternehmen wird sicherstellen, dass entsprechende Zustimmungserfordernisse mit den Nachunternehmern und auch in der Nachunternehmerkette vereinbart werden.

## **13. SONSTIGES, SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

- 13.1 Es steht dem Managementunternehmen frei, die Betriebsführung und/oder Trägerschaft anderer stationären, teilstationären und/oder ambulanten Einrichtungen des Gesundheitswesens, einschließlich Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten sowie Neben- und Hilfsbetrieben, insbesondere Krankenhäuser, zu übernehmen sowie Leistungen nach diesem Vertrag Dritten anzubieten und/oder für Dritte zu erbringen. Ein Wettbewerbsverbot wird nicht vereinbart. Das Managementunternehmen versichert jedoch, die gemäß diesem Vertrag geschuldeten Managementdienstleistungen für das Klinikunternehmen mit uneingeschränkter Loyalität und Gewissenhaftigkeit einwandfrei ausführen und alles unterlassen wird, was dem Klinikunternehmen schaden könnte.

- 13.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden.
- 13.3 Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrags ungültig oder nicht durchsetzbar sein, bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. An die Stelle der ungültigen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung gilt eine solche Regelung als vereinbart, die die Vertragspartner bei Abschluss dieses Vertrags gewählt hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Undurchsetzbarkeit der Regelung gekannt hätten, um wirtschaftlich das Ergebnis der unwirksamen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung zu erreichen. Das Vorstehende gilt auch im Falle von Vertragslücken. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so gilt die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß als vereinbart. Es ist der ausdrückliche Wille der Vertragspartner, dass mit dieser Bestimmung nicht lediglich eine Beweislastumkehr herbeigeführt, sondern § 139 BGB insgesamt abbedungen werden soll.

Für das **Managementunternehmen**

....., den [Datum]

\_\_\_\_\_  
[...]

\_\_\_\_\_  
[...]

Für das **Klinikunternehmen**

....., den [Datum]

\_\_\_\_\_  
[Vorstand]

\_\_\_\_\_  
[...]